

1. Kurzauswertung der Fachtagung Open Government vom 07.11.2013

Um die interfraktionelle Anfrage aus dem Gemeinderat qualifiziert beantworten zu können, hat das Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung eine Tagung organisiert und durchgeführt. Sie hatte zum Ziel, eine gemeinsame Wissensgrundlage zu schaffen, Erfahrungen anderer Kommunen auszutauschen und die möglichen Handlungsfelder der Stadt Freiburg zu identifizieren.

Etwa 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben am 07.11.2013 den Open Government Dialog Freiburg im Bürgerhaus Zähringen besucht. Die Tagung profitierte von einem breit gefächerten Publikum, das zusammen mit den neun Referenten über die Themen Open Government und Open Data diskutierte. Die Veranstaltung hat Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, Mitglieder des Gemeinderates, Vertreter der interessierten Öffentlichkeit, Medien, Unternehmen und andere, benachbarte Kommunen sowie Akteure aus der Internet-„Community“ zusammengebracht und ermöglichte somit eine Diskussion mit vielen Perspektiven. Den Referenten, die unter anderem aus Köln, München, Stuttgart und Ulm angereist waren, gelang es zudem, das gesamte Spektrum der Thematik „Open Government“ darzulegen. Dabei ging es sowohl um die Definitionsfrage „Was ist Open Government?“, als auch um konkrete Umsetzungsbeispiele aus anderen Städten sowie um den allgemeinen Kulturwandel, dem die öffentliche Verwaltung insgesamt ausgesetzt ist. Auch die Probleme, die Konfliktlinien und die Konsequenzen sind zutage getreten und wurden offen diskutiert.

An den Themen Datenschutz, Rechtssicherheit, Kostenfragen, Ressourcenverteilung sowie Technikstandards wurde deutlich, dass es wegen der damit verbundenen komplexen Fragen noch ein langer Weg zu einer „offenen Verwaltung“ ist und dass keineswegs klar ist, wie diese aussehen wird. Dabei steht nicht nur das Verhältnis von Verwaltung und Öffentlichkeit im Fokus, sondern insbesondere auch verwaltungsinterne und ämterübergreifende Abläufe und Prozesse.

Die Tagung wurde moderiert von Max Schulze-Vorberg (Kommune 2.0) und war in drei „Sessions“ mit jeweils unterschiedlichen Themenschwerpunkten gegliedert, die im folgenden kurz zusammengefasst werden.

1.1 Session 1 – Strategien & Programme

Eröffnet wurde die Tagung durch Herrn Ersten Bürgermeister Otto Neideck, der direkt im Anschluss an sein Begrüßungswort eine Übersicht darüber lieferte, was die Stadt Freiburg bereits heute an Angeboten und Projekten vorweisen kann, die in den Bereich Open Government hineinreichen. Anhand der Beispiele FR.ITZ, FreiGIS, Ratsinformationssystem und Beteiligungshaushalt stellte Herr Neideck dar, dass Freiburg im Bereich Open Government Data bereits gut aufgestellt ist. Nun gilt es, die bestehenden Angebote anhand der neuen Anforderungen von Open Government und Open Data zu prüfen und ggf. anzupassen.

Anlage 4 zur DRUCKSACHE G-14/005

Der zweite Vortrag von Herrn Christian Geiger von der Stadt Ulm stellte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Grundlagen, die Definitionen und die aktuellen Entwicklungen von Open Government und Open Data dar. Darüber hinaus zeigte Herr Geiger anhand des Beispiels der Stadt Ulm auf, dass letztlich alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung von Open Government betroffen sind und dass die Konsequenz daraus eine „Evolution“ und Fortentwicklung der Verwaltung zur Folge hat, mit der viele positive Nutzeneffekte verbunden sind.

Im dritten Vortrag ging Herr Dr. Volker Franke von der dbb-Akademie auf den grundsätzlichen Kulturwandel ein, der die Politik und die Verwaltung mehr und mehr erfasst und in Zukunft stärker beschäftigen wird. Herr Dr. Franke machte an dieser Stelle die fundamentale Bedeutung einer sich verändernden Gesellschaft für die Verwaltungskultur deutlich und zeigte, welche Wirkung der Kulturwandel der staatlichen Verwaltung für die Verwaltung selbst, aber auch für die Beziehung zur Öffentlichkeit haben kann.

Im Anschluss an die Vorträge wurden im Plenum verschiedene Aspekte diskutiert. Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung und des Gemeinderats nahmen Stellung zum Kulturwandel und tauschten sich dazu aus, welches die treibenden Kräfte der sich verändernden Gesellschaft sind. Vertreter der Community wiesen auf die Defizite im Bereich Open Data sowie auf den Nutzen, den die Bereitstellung offener Daten für die Bürgerschaft haben kann, hin. Konkret ist hier nicht nur das Fehlen von offenen Statistik- und Geodaten, sondern auch der städtische Doppelhaushalt im pdf-Format als große Barriere für Bürgerinnen und Bürger sowie für Programmiererinnen und Programmierer benannt worden. Die Herausforderung des Datenschutzes im Kontext von offenen Daten ist ebenfalls angesprochen und diskutiert worden.

1.2 Session 2 – Erfahrungen & Erkenntnisse

In der zweiten Session wurden die Erfahrungen anderer Kommunen, auch aus Sicht der Kommunalstatistik beleuchtet. Herr Jayan Areekadan von der Stadt Köln, präsentierte die Entstehung und den Stand von „Offenes Köln“ und „Offene Daten Köln“. Der Kölner Gemeinderat hatte beschlossen, dass alle Daten der Stadt Köln grundsätzlich offen sein sollen. Davon ausgehend wurden die für eine offene Verwaltung notwendigen Prozessänderungen identifiziert. Dabei hat sich die Stadt Köln nicht nur die Hilfe von Fraunhofer FOKUS eingeholt, sondern von Beginn an auch die Kölner Internet-Community eingebunden, da diese das Knowhow besitzt, die offenen Daten in Services zu programmieren.

Frau Dr. Daniela Rothenhöfer stellt im zweiten Vortrag dar, wie die Landeshauptstadt München den vielen unterschiedlichen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden will. Dazu hat die Stadtverwaltung zusammen mit externen Partnern aus der Community untersucht, wie eine Öffnung der Verwaltung Nutzen für Bürgerinnen und Bürger schaffen kann. Ergebnis war, dass die Stadtverwaltung München erst am Anfang der Entwicklung hin zu Open Government steht. Die Stadt München hat bereits viele Handlungsan-

Anlage 4 zur DRUCKSACHE G-14/005

sätze vorangebracht und steht nun vor der Frage, welche Interaktionsstandards entwickelt und in Zukunft genutzt werden sollten.

Herr Michael Haußmann von der Landeshauptstadt Stuttgart, der auch im Namen des Verbandes Deutscher Städtestatistiker gesprochen hat, stellte kurz die Geschichte der Kommunalstatistik vor. Hieraus folgte er, dass die Grundprinzipien von „Open Data“ und „Open Government“ keine Modeerscheinungen sind, sondern schon immer im Tätigkeitsfeld von Statistik und der Verwaltung lagen. Nun sind die nächsten Schritte im digitalen Zeitalter zu unternehmen. Dabei müssten auf der einen Seite die Risiken bedacht und entsprechende Lösungen erarbeitet werden. Auf der anderen Seite sollen die Chancen insbesondere auch für die interne Interaktion und Effizienz der Verwaltung entdeckt werden. Zum Schluss berichtete Herr Haußmann kurz von der Position und dem weiteren Vorgehen der Städtestatistiker sowie von den noch offenen Punkten.

Im Anschluss an die Vorträge wurden jeweils erneut Diskussionen angeregt. Dabei wurden beispielsweise die Frage der Lizenzierung von Daten sowie mögliche technische Lösungen und die Identität der Nutzergruppen diskutiert. Darüber hinaus wurden auch die Deutungshoheit von Daten sowie die Frage, wie mit den sozialen Medien umzugehen sei und welche Chancen diese mit sich bringen, erörtert.

1.3 Session 3 – Perspektiven und Handlungsfelder

Die abschließende Session 3 begann Herr Stephan Jaud vom Innenministerium Baden-Württemberg mit einer Darstellung aller Dimensionen von Open Government und den sich stellenden Herausforderungen. Dabei stehen alle Behörden und Verwaltungseinheiten vor denselben Herausforderungen. Außerdem berichtete Herr Jaud, dass die Landesregierung momentan an einem „Informationsfreiheitsgesetz“ nach Vorbild anderer Länder arbeitet.

Einen weiteren wichtigen Aspekt brachte Herr Ralf Armbruster vom Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg mit seinem Vortrag über Geodaten die Tagung ein. Herr Armbruster stellt des Weiteren das Geoportal Baden-Württemberg vor, in dem bereits heute viele offene Daten abrufbar sind. Auch die rechtlichen Rahmenbedingungen, die im Bereich der offenen Geodaten wesentlich ausformulierter und weiter entwickelt sind als in anderen Bereichen, wurden thematisiert.

William Schmitt von der KIVBF (Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken) stellte im letzten Vortrag vor, welche technischen Ansätze und Lösungen die KIVBF entwickelt und entwickeln möchte, um die Städte und Gemeinden bei der Bewältigung der Herausforderungen des digitalen Informationszeitalters zu unterstützen. Dazu nahm er eine Differenzierung dazu vor, wie unterschiedlich die Anforderungen an Daten seitens des Gesetzgebers, der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger sind. Gleichzeitig stellte er das Leistungsspektrum der KIVBF auf, mit denen diesen unterschiedlichen Anforderungen begegnet werden soll.

Anlage 4 zur DRUCKSACHE G-14/005

In der sich anschließenden Diskussion wurden Bewertungen und Ideen, wie es in Freiburg weiter gehen könnte, vorgebracht. Es wurde aber auch klar gestellt, dass Nutzerfreundlichkeit und Gründlichkeit vor Schnelligkeit stehen. Darüber hinaus wiesen Vertreter der „Community“ auf ihre regelmäßigen Treffen hin.

Die Tagung beendete Herr Neideck mit einer Schlussrede, in der er die zentralen Handlungsfelder zusammenfasste. Darüber hinaus kündigte er an, dass sich die Stadtverwaltung intensiv mit Open Data und Open Government beschäftigen wird. Wichtig ist dabei, keine Alleingänge zu unternehmen, sondern in enger Abstimmung mit anderen Städten und Kommunen im ganzen Land voranzukommen.

1.4 Abschließende Bewertung

Künftig sollen in Freiburg insbesondere folgende Ansätze weiter verfolgt werden: Bestehende Angebote wie FR.ITZ, FreiGIS, Beteiligungshaushalt und RIS sollen weiterentwickelt und für die Zukunft fit gemacht werden. Darüber hinaus sollen neue Kooperationen eingegangen werden und sich in Zusammenarbeit und in Abstimmung mit anderen Kommunen und Behörden gemeinsame Standards entwickelt werden. Durch die Tagung ist zudem deutlich geworden, dass der Wandel der öffentlichen Verwaltung ein vielschichtiges und langfristiges Thema ist, das neue Herausforderungen und neue Chancen sowohl für die Verwaltung als auch für die Zivilgesellschaft mit sich bringt.

Auf folgender Internetseite können die Vorträge angeschaut bzw. heruntergeladen werden: www.freiburg.de/ogd.